

GEW fordert Recht auf Ausbildung

„Bestes Mittel gegen Gewalt“

an OSNABRÜCK. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert im Kampf gegen Jugendkriminalität ein Grundrecht auf Berufsausbildung.

Im Gespräch mit unserer Zeitung sagte der Vorsitzende Ulrich Thöne: „Eine Gesellschaft schützt sich am besten vor Gewalt, wenn sie allen jungen Menschen eine Perspektive gibt.“ Stattdessen werde es in Deutschland hingenommen, dass 13 Prozent der unter 25-Jährigen keine Ausbildung hätten.

„Ein wesentlicher Grund für Gewaltausbrüche ist das Gefühl, ausgesondert und zurückgestellt zu werden“, betonte Thöne. Genau dies würden aber gerade die knapp 80000 Schulabbrecher empfinden. „Nach der Pflicht zum Schulbesuch brauchen wir jetzt das Recht auf einen Platz zur Berufsausbildung“, sagte er. Wenn die Lehrstellen nicht ausreichen, müsse der Staat die Kapazitäten von Berufsschulen ausweiten.



Ulrich Thöne

Foto: ddp

Gespräch mit
unserer Zeitung

Die Absolventen sollten wie Lehrlinge eine Prüfung vor den Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern ablegen können.

Diese Lösung sei wesentlich kostengünstiger als jede spätere Maßnahme für junge Straftäter. „Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig.“ Dazu gehöre auch, dass die Politik ihre Versprechen nach den Vorfällen an der Berliner Rütli-

Schule einhalte. „Bundesweit fehlt es massiv an Sozialarbeitern“, kritisierte der GEW-Vorsitzende.

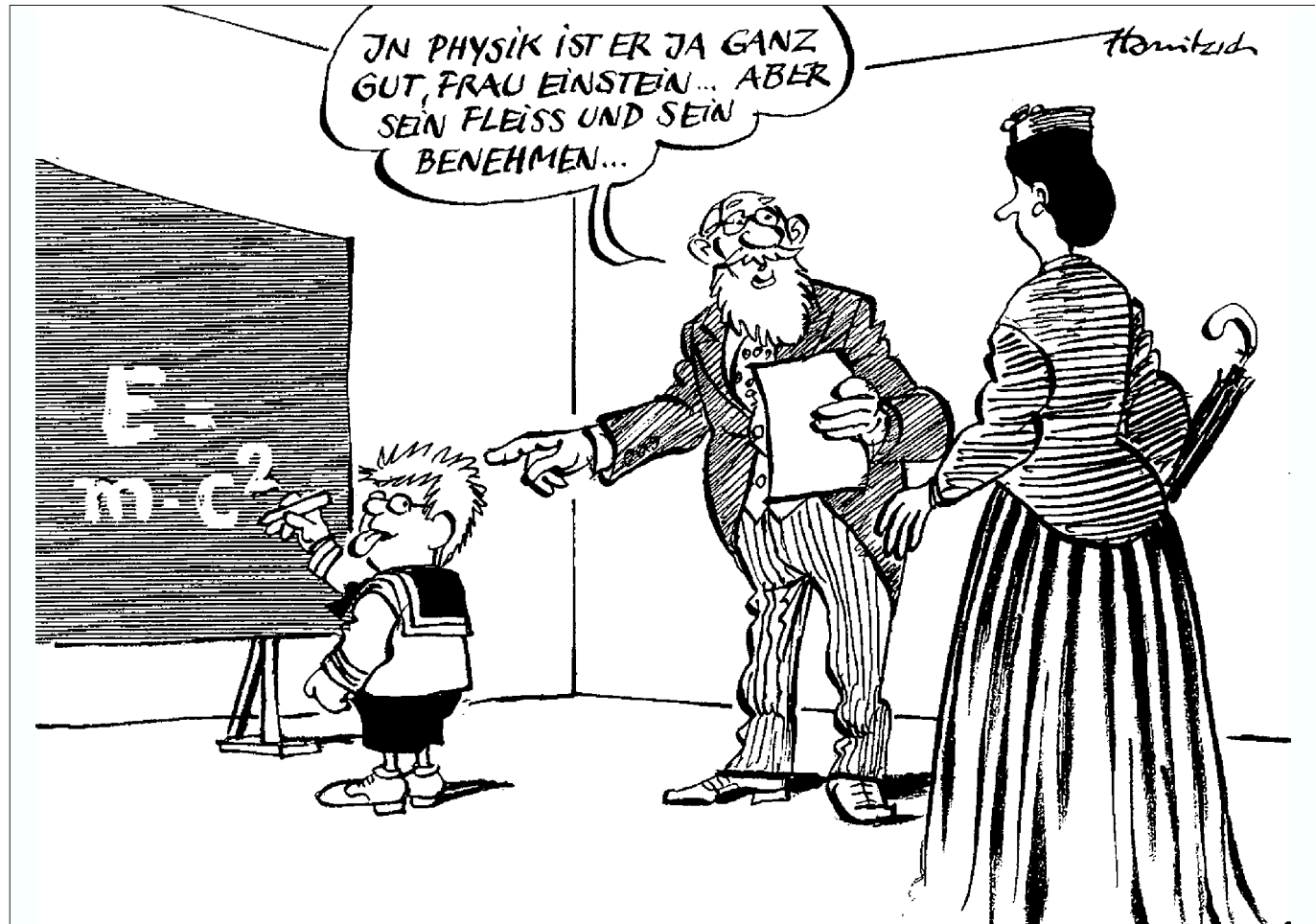
Auch an den Schulen in sozialen Brennpunkten fänden die Jungen und Mädchen kaum Zuspriech und Ansprechpartner. „Die Schulen müssen endlich personell in die Lage versetzt werden, vorhandene Konflikte zu lösen, bevor sie eskalieren“, sagte Thöne.

Unterdessen hat die GEW am Wochenende zusammen mit dem nordrhein-westfälischen Landesschülerverband eine Großdemonstration gegen Kopfnote in Düsseldorf organisiert. Die Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens hatte erstmals seit 30 Jahren wieder auf den Zeugnissen der nordrhein-westfälischen Schüler gestanden. Für den „pädagogischen

Unfug“ fielen an den Schulen zwei Unterrichtstage pro Jahr aus, kritisierte die GEW. Da klare Kriterien fehlten, plagten sich viele Lehrer mit Legitimationsproblemen und gäben ihren Schülern deshalb einheitliche Kopfnote. Jugendliche würden durch die Bewertung gezwungen, sich wie „unmündige Duckmäuser“ zu verhalten, bemängelten Schülervertreter. Die

Landesregierung will aber an den Kopfnoten festhalten.

In Niedersachsen wird das Arbeits- und Sozialverhalten bereits seit einigen Jahren wieder bewertet. Statt Noten gibt es fünf Abstufungen von „verdient besondere Anerkennung“ bis zu „entspricht nicht den Erwartungen“. Im Fokus stehen etwa die Leistungsbereitschaft, die Verlässlichkeit und die Hilfsbereitschaft.



Kopfnote.

Karikatur: Dieter Hanitzsch